Ostsachsen

Die Arbeiterschaft steht zur KPD!

Kamenz. Die Nazis machen alle Anstrengungen, um in die Reihen des Industrieproletariats einzudringen. Die Vorgänge in Kamenz beweisen, daß alle Bemühungen der Nazis erfolglos sind und die Arbeiterschaft in stärkerem Maße als sonst zur KPD steht. Am 12. Januar veranstalteten die Nazis eine Erwerbslosenversammlung in Kamenz. Sie hatten aus der ganzen Umgebung ihre Stoßtrupps herangeholt. Die Arbeiterschaft hat ebenfalls alle Arbeiter mobilisiert. **Ueber 800 Betriebsarbeiter und Erwerbslose waren erschienen, so daß die Versammlung polizeilich gesperrt werden mußte.** Die Arbeiter wurden von der Polizei nach Waffen durchsucht. Als der kommunistische Vertreter in der Diskussion das Wort verlangte, wollten die Nazis aus Furcht vor der Abrechnung ihm das Wort nicht erteilen. Die Arbeiter erzwangen die Diskussion. Es kam zu Zusammenstößen. Unter dem Gesang von revolutionären Kampfliedern wurde der Saal von der Polizei geräumt und das Bäckerhaus blieb allein auf weiter Flur.

Diese Versammlung zeigt erneut, daß gegen die rote Klassenfront alle Naziangriffe und Provokationen abgewehrt werden.

Rote-Hilfe-Kundgebung in Gittersee

Eine imposante Kundgebung führte die Rote Hilfe, Ortsgruppe Gittersee, am 12. Januar 1932, im Gasthof Gittersee, durch. Bei guter Beteiligung der Einwohner Gittersees und der Umgebung, führte Genosse Sarnow Paganini, einige selbst komponierte Sachen und zuletzt den Kanarienvogel unter langanhaltendem Beifall auf. In einer Ansprache eines Genossen vom Bezirk wurden Zweck, Ziel und Tätigkeit der Roten Hilfe geschildert, worauf 10 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe, 4 Parteimitglieder und 1 Volks-Echo-Leser gewonnen wurden.

Massenprotest gegen braune Mordpest in Pirna

Pirna. Am 12. 1. sprach hier der von der NSDAP zu uns gekommene Reserveleutnant Müller. Ueber 1000 Besucher standen Kopf an Kopf, um den sachlichen Ausführungen Gehör zu schenken. Es war eine der stärksten Versammlungen, die je die Stadt Pirna gesehen hat, und zugleich ein wuchtiger Massenprotest gegen die sich in letzter Zeit häufenden Naziüberfälle. **Ueber 25 Arbeiter traten an diesem Tag dem Kampfbund gegen den Faschismus bei.** Folgende Entschließung fand Annahme:

„Die am 12. 1. in einer überfüllten Massenversammlung in Pirna anwesenden werktätigen Massen protestieren auf das heftigste gegen die weitere Inhaftierung unseres von der bürgerlichen Klassenjustiz festgehaltenen Genossen Leutnant a. D. Scheringer und fordern: Heraus mit Scheringer und allen proletarischen politischen Gefangenen!"

Die für den Nachmittag in Naundorf angesetzte Versammlung, in der leider Genosse Müller nicht sprechen konnte, zeigte ebenfalls die Massenempörung der Arbeiterschaft gegen den Naziterror, der gerade in diesem Ort in den letzten Tagen wütete.

Die Versammlungen brachten zum Ausdruck: Nicht individueller Terror, sondern Massenkampf und Massenprotest! Trotz alledem wagt der Rat der Stadt Pirna der KPD in einem Schreiben mit dem Verbot aller Versammlungen und Demonstrationen zu drohen. Wir geben den Herren den Rat, sich mit ebenbürtiger Energie für die Beseitigung der Nazikaserne im Café Scholz, Dohnaischer Platz, einzusetzen, in der bis jetzt alle Ueberfälle auf Arbeiter ausgeheckt wurden. **Gegen die neue Provokation des Rates der Stadt Pirna werden die Arbeiter protestieren in der Versammlung am Dienstag dem 19. Januar im Volkshaus Pirna, in der Genosse Polizeioberleutnant a. D. Giesecke, Berlin, sprechen wird.**

Das Volksecho wird illustriert!

Ab 31. Jan. erscheint unsere Wochenzeitung im neuen Gewand

Von dir hängt es ab —

ob wir unser Ziel: 100000 Leser für das illustrierte Volksecho bis 31. Januar erreichen

Kur die in deiner Zelle die Werbung an!

Die Sozialreaktion in den Gemeinden

(Arbeiterkorrespondenz 31)

Tautewalde. In unserer hiesigen Gemeinde standen Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose, Wiedereinführung einer kostenlosen Totenbestattung und der Wiedererhebung der 200 Prozent Bürgersteuer auf der Tagesordnung. In der letzten Gemeindeverordnetensitzung wurden diese von der KPD eingebrachten Anträge behandelt. Mit den Stimmen der SPD- und bürgerlichen Vertreter wurden alle Anträge abgelehnt. Die werktätige Bevölkerung von Tautewalde erkennt die volksfeindliche Haltung der Auch-Arbeitervertreter, die zusammen mit dem Brüningkurs ihres Parteivorstandes gleichläuft. **Darum her zur roten Einheitsfront, kämpft mit der KPD für Arbeit, Brot und Freiheit!**

Pflichtarbeit in Reichenau

Die letzte öffentliche Gemeindeverordnetensitzung in Reichenau stand im Zeichen der neuen Notverordnung. Das zeigte der hohe Besuch der Einwohner zu dieser Sitzung. Für die Pflichtarbeiter, die beim Schneeschaufeln beschäftigt waren, sollte eine kleine Vergütung, 10 Pfennig pro Stunde — gezahlt wurde Rundweg wurde dieser Antrag abgelehnt. Aber Geld ist für Kanäle vorhanden, die die Aufstellung von sieben weiteren Rundweg wurde dieser Antrag abgelehnt. Aber Geld ist für Kanäle ist vorhanden, die die Aufstellung von sieben weiteren Plakattafeln im Orte verlangten. Mit den Stimmen der Nazis und SPD wurde dieser Antrag angenommen. Abgelehnt wurde weiter der Straßenbesprengungsantrag. Einer scharfen Kritik wurde das schnelle Fahren der Krankenwagen und Autos der durch den Ort unterworfen, bei der allerdings nichts passierte. Ferner wurden die Strompreise der ASW unter die Lupe genommen, da sich die Stromerzeugung für die Werke viel höher als auf 7 bis 8 Pfennige pro Kilowatt stellt. Trotzdem fordert sie vom Verbraucher pro Kilowatt 32 Pfennige um den Direktoren Höchstgehälter zu bezahlen. Zum Schluß wurde noch die umgelegte errechnete Bürgersteuer angeprangert, da sie für die Minderbemittelten eine ungeheure Belastung bedeutet. Alle Beschwerden auf diesem Gebiete sollen baldigst unter Vorlegung des Lohnauszuges im Gemeindeparlament erledigt werden. Der Bürgermeister schloß die Sitzung mit einem „Sieg Heil", das im Zuhörerraum mit einem starken „Heil Moskau" beantwortet wurde. **Die Einwohner erkennen immer mehr, daß nur unter Führung der KPD ihre Interessen vertreten werden. Darum her zur roten Einheitsfront, abonniert die Arbeiterstimme und das Sächsische Volksecho.**

Achtung! Wohlfahrtserwerbslose!

Betr. Invalidenversicherung für Wohlfahrtserwerbslose und Zuschüsse von den Gemeinden Unterstützte.

Wie uns berichtet wird, weigern sich einzelne Gemeinden, den Unterstützten die Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrechtzuerhalten. Es müssen sofort in allen Gemeinden Anträge gestellt werden, in welchen von der Gemeinde verlangt wird, daß die Gemeinde die notwendigen Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft (das sind mindestens 20 Wochenbeiträge) bezahlt.

Der Antrag kann wie folgt lauten:

Kollegium wolle beschließen:

Allen Erwerbslosen, Wohlfahrtsunterstützten usw. die Anwartschaft in der Invalidenversicherung dadurch zu erhalten, daß die Mindestzahl von 20 Beiträgen von der Gemeinde übernommen werden, um den Verfall der jeweiligen Rechte zu verhindern.

Soweit wie Bezirksverbände usw. in Frage kommen, müssen diese Anträge dort hingerichtet werden.

Bis zur Regelung dieser Anträge durch den Bezirksverband müssen die Gemeinden unbedingt die Beitragsleistung übernehmen.

Kapitalistische „Fürsorge"

Pulsnitz. Den Abbau der Krankenversicherung durch die Notverordnungen läßt die Behandlung der Kranken in vollem Umfange erkennen. Wir konnten darüber schon mehrfach berichten. Heute wird uns aus Pulsnitz ein Fall gemeldet, der den Sachverhalt in aller Deutlichkeit erkennen läßt. Dort meldete sich der Arbeiter Eder am 11. Dezember krank. Der Arzt schrieb ihn einfach unfähig. Am 24. Dezember wurde er bereits zum Vertrauensarzt geschickt, der ihn für den 3. Januar, also 1½ Woche im voraus arbeitsfähig schrieb. Hier stellen wir die Frage: Woher weiß der Vertrauensarzt beinahe 14 Tage vorher, daß Eder schon 14 Tagen gesund sein werde? Eder ließ sich das nicht gefallen und verlangte spezialärztliche Untersuchung durch den Spezialarzt für innere Krankheiten, Dr. Schilling. Auch dieser hat ihn krank geschrieben. Jetzt kommt das Schönste: Beim Geldabholen wurde ihm auf der Krankenkasse gesagt, daß er sich erneut durch eine Aerztekommission untersuchen lassen müsse. Es hat telephoniert der Krankenkassenbeamte mit dem Vertrauensarzt, wobei erklärt worden sein soll: „Eder scheint uns ein Schnippchen schlagen zu wollen."

Diese Behandlung zeigt den Kurs, der heute in der Sozialversicherung herrscht. Wer bezahlt die Vertrauensärzte? Wer bezahlt den kostspieligen Apparat, der nur eingesetzt wird, um die Versicherten um ihre lumpigen paar Pfennige betrügen zu können?

Wo ist das Remmele-Buch „Die Sowjetunion" in Freital zu beziehen?

Dieses Buch ist zu beziehen durch den Parteiliteraturmann Genossen Kendler, Freital-Deuben, Poststraße 1. Im Büro des Internationalen Bundes, Freital-Potschappel, Dresdnerstraße 3, im Kinderheim der IAH.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!"

Darüber spricht am Montag dem 18. 1. 20 Uhr im Schützenhaus Radeberg

Polizeioberleutnant a. D. Giesecke, Berlin

Stellen zur Demonstration 18.15 Uhr an der Baracke Pulsnitzer Straße. Eintritt 10 und 20 Pfennig.

Rote Hilfe, Ortsgruppe Radeberg

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!"

Darüber spricht am Dienstag dem 19. Januar 1932 19.30 Uhr, im Volkshaus Pirna, der

Polizeioberleutnant a. D. Giesecke, Berlin.

Unkostenbeitrag 15 Pfennig. Rote Hilfe Pirna

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!"

Darüber spricht Genosse Giesecke, Polizeioberleutnant a. D., Berlin, am Mittwoch dem 20. Januar 19.30 Uhr im Sächsischen Wolf, Freital-Deuben. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen.

„Die Geschichte der Arbeiterbewegung"

Sonntag den 17. 1. 9.30 Uhr findet in der Bayrischen Krone ein Schulungskursus statt. Jeder Genosse hat sich Schreibheft und Bleistift mitzubringen.

Wenn ein Arzt sich zu den Arbeitsopfern bekennt

Die Hetze gegen Dr. Ohl zusammengebrochen

Nach zweitägiger Verhandlung freigesprochen . Nazis die Haupttreiber dieses Prozesses . Toller Gesinnungsterror in der LVA

Wir berichteten bereits kurz über den Freispruch in dem Prozeß gegen Dr. Ohl. Heute sei zu seinem Prozeß und seiner Vorgeschichte im Nachfolgenden Stellung genommen.

Seit Jahr und Tag wird in der Landesversicherungsanstalt eine tolle Hetze der Nazis unter zumindestens stillschweigender Duldung der höheren Instanzen durchgeführt. Als Opfer wurde von diesem Kreis Dr. Ohl, der ehemalige Leiter der Röntgenabteilung der LVA auserkoren. Die LVA, frei von jedem Marxisten» (lies: Arbeiter!) freund, das war und ist die Devise unter der zweifelhafte Elemente in ekelerregender, persönlich gehässigster Weise ihren Kampf führten. Dabei wird gegen die Angestellten, die sich diesen Kampfmethoden nicht anschließen, ein Gesinnungsterror durchgeführt, wie er wohl kaum noch überboten werden kann. Dr. Ohl hat sich die besondere Wut der Faschisten zugezogen, weil er ganz offen seine Sympathie mit den Opfern des Krieges und der Arbeit zum Ausdruck brachte, und sich ebenso offen zur Front der revolutionären Arbeiterschaft bekannte. Da Dr. Ohl in seiner Arbeit in keiner Weise etwas am Zeug zu flicken war, — gilt er doch selbst in bürgerlichen Kreisen als eine anerkannte wissenschaftliche Kraft in seinem Fach — wurde nach entsprechendem „ehrenrührigen" Material solange gefahndet, bis man glaubte es gefunden zu haben.

Was soll Dr. Ohl verbrochen haben?

Er soll sich des Diebstahls und der Unterschlagung — begangen in der LVA — schuldig gemacht haben.

Ohl wurde vorgeworfen, Filmplatten und Medikamente für sich persönlich verwendet und Röntgenaufnahmen sich widerrechtlich angeeignet zu haben. Das Wertobjekt betrug lumpige 90 Mark. Fast genau dieselben Vorwürfe wurden auch gegen den Faschisten Dr. Fleischer erhoben. Bezeichnenderweise aber wurde das gegen letzteren eingeleitete Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Bereits in der ersten Instanz gegen Dr. Ohl brach die Anklage jämmerlich zusammen. Dr. Ohl wurde in allen Punkten freigesprochen. Nach vorübergehender Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Ohl wurde plötzlich gegen den Freispruch Berufung eingelegt. Und wieder mußte Dr. Ohl nach zweitägiger Verhandlung — der Prozeß dauerte 19 Stunden — in allen Punkten freigesprochen werden. Selten hatte man Gelegenheit einen solchen Einblick in faschistischen Sumpf zu tun, wie in diesem Prozeß. Als Kronzeugen des Staatsanwaltes marschierten auf: Der Faschist Dr. Fleischer, derselbe, gegen den ursprünglich von der Staatsanwaltschaft ein gleiches Verfahren eingeleitet worden war und seine Frau. Letztere wird von der Verteidigung als die Haupttreiberin in diesem Prozeß bezeichnet. Dazu kamen noch Frauen, denen selbst das bürgerliche Gericht ihre Hysterie bedingte absolute Unglaubwürdigkeit bescheinigen mußte. Ihre Aussagen widersprachen sich so krass, daß wahrscheinlich gegen eine der Zeuginnen ein Meineidsverfahren eingeleitet wird. Bei den Zeuginnen — abgesehen von der Frau Dr. Fleischer — gewann man den bestimmten Eindruck, daß sie ihre absurden Aussagen nur unter schwerem Druck bestimmter Kreise machten. Und noch eins brachte dieser Prozeß zutage: Eine Anzahl verlesener Protokolle waren alles andere als ordnungsgemäß aufgenommen. Ihnen fehlten ja selbst die Unterschriften der Vernommenen. So war es den Verteidigern dem bekannten Berliner Rechtsanwalt Dr. Apfel und Genossen Dr. Helm ein Leichtes, die wirklichen Gründe dieses Prozesses aufzuzeigen. In glänzenden Plädoyers zerpflückten sie die Anklage nach Strich und Faden.

Als die Verurteilten gingen die sich im Hintergrund haltenden Faschisten aus dem Saal, obwohl während der Verhandlung kaum ein Wort von Politik gesprochen wurde, war es wohl einer der politischsten Prozesse die auf dem Münchner Platz verhandelt wurden.

Gemeindevertreter-Konferenz für LO Bautzen

am Sonntag, dem 17. Januar, vorm. 9 Uhr, in Eberbach, im Rest. „Zwei Linden". Alle Genossen Gemeindevertreter müssen erscheinen. Postquittung über den Bezug der Kommune ist mitzubringen.

Der Komsomol im Vormarsch

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 34)

Am Dienstag, dem 5. Januar, fand in Pirna eine öffentliche Versammlung vom Kommunistischen Jugendverband statt. Anstatt des angezeigten Genossen Dullek, Dresden, der durch eine andere wichtige Versammlung nicht erscheinen konnte, sprach der ehemalige SPD-Genosse Göhler, Kleinnaundorf, welcher gleichzeitig als Delegierter in der Sowjetunion war, und mit ihm der Genosse Ehrlich, Pirna, über das Thema: „Notverordnung und Bürgerliche in Deutschland — Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion". Die nahezu 400 Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen beider Redner, welche in klaren und entscheidenden Zügen den sozialistischen Aufbau und den kapitalistischen Niedergang behandelten. Nach der Diskussion, an der sich keine Gegner, auch kein Vertreter des SJV beteiligte, konnte der Genosse Göhler in seinem Schlußwort auf Grund der Aussprache feststellen, daß die Versammlung einmütig seine Ausführungen stützt und gewillt ist, alle Kräfte des Proletariats zu sammeln, damit auch das deutsche Proletariat zum Sozialismus, zu Arbeit, Brot und Freiheit kommen kann. **3 Jungarbeiter traten dem KJV bei.**

Die Versammlung war ein voller Erfolg für den siegreich vorwärtsstürmenden Komsomol, der mit allen Kräften am Aufbau des Verbandes der 100 000 deutschen Komsomolzen arbeitet, gleichfalls ein Signal, daß das Proletariat gewillt ist, mit all seinen Kräften den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion zu verteidigen. Nachstehende Resolution, welche sich gegen die Ermordung der 8 Negerjungarbeiter von Scottsboro wendet, fand einstimmige Annahme.

Kommunist verurteilt — und Nazis?

(Arbeiterkorrespondenz 41)

Am Donnerstag dem 14. Januar fand wieder ein Prozeß gegen einen revolutionären Arbeiter statt. Dem angeklagten Genossen Predel wurde zur Last gelegt, andere tätlich angegriffen und beleidigt, sowie groben Unfug verübt zu haben. Eine nette Anzahl Delikte. In der ersten Verhandlung am 5. Dezember wurde Genosse Pr. freigesprochen und der mit angeklagte Nazi zu 30 Mark oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Freispruch ließ der Oberstaatsanwaltschaft keine Ruhe. Deshalb mußte Berufung eingelegt werden.

Zur Tat selbst: Am 4. September ging der Nazi „Wuigk" am Zeitungsstand Freiberger Platz vorbei. Er machte mit der rechten Hand eine Bewegung an der Schläfe, die zu deuten war: „Du bist wohl verrückt, daß du solche Zeitungen verkaufst." Als er zurück kam, stellte ihn Genosse Pr. zur Rede. Er antwortete: „Halt die Fresse!" und hob die Hand zum Schlage. Genosse Pr. kam ihm zuvor und schlug ihm ins Gesicht. Der Nazi entfernte sich nach der Annenstraße zu und rief: „Ihr Lumpenpack, ihr Verbrechergesindel!" Dafür, daß Genosse Pr. in seinem Recht war, wurde er härter bestraft als der Nazi. Man gewann aus der ganzen Verhandlung den Eindruck, daß das Gericht sowie die Staatsanwaltschaft einseitig eingestellt waren. Ja, dem Nazi wurden die Gefängnistage sogar herabgesetzt. Das Wort „Klassenjustiz" fand hier den richtigen Ausdruck. Der Staatsanwalt dokumentierte den Ausdruck „Halt die Fresse!" als: „Sei nur ruhig." Wir fragen Herrn Staatsanwalt, was er machen würde, wenn ein Arbeiter auf der Straße zu ihm sagen würde: „Halt die Fresse!" Werktätige, aus diesem Beispiel ersehen wir, daß wir die Einheitsfront fester schließen und unter Hammer und Sichel, unter Führung der KPD kämpfen müssen für ein freies sozialistisches Deutschland!

Wählt Frauendelegierte

zu den Konferenzen werktätiger Frauen! — In Dresden wurden bis jetzt bereits neun Delegierte gewählt, und zwar: 5 Delegierte in den 5 Massenversammlungen des IB, 4 Delegierte in zwei Filmveranstaltungen des Komitees werktätiger Frauen.

Wer meldet noch?

Genosse Theo Overhagen, Essen

spricht heute Sonnabend den 16. Januar 20 Uhr in Riemers Gasthof, Lotzdorf, über:

„Im Lande der roten Zaren"

mit 300 Lichtbildern! Unkostenbeitrag 10 und 20 Pf.

IAH und KPD Radeberg.